

Contis Krisenmanagement: «Wie aus dem Lehrbuch»

BASEL. Politberater Louis Perron sagt: Carlo Conti hat alles richtig gemacht. Die Leser von 20 Minuten sind anderer Meinung.

Der Basler CVP-Regierungsrat Carlo Conti hat am Dienstag gestanden, über 100 000 Franken unterschlagen zu haben und tritt deshalb im Sommer zurück. «Grundsätzlich ein Krisenmanagement wie aus dem Lehrbuch», lobt Politberater Louis Perron das Vorgehen des 59-Jährigen. «Ich hätte ihm genau das geraten: Flucht nach vorne, den Fehler zugeben und beheben sowie die Verantwortung übernehmen.» So hätte Conti vielleicht sogar seinen

Kopf retten können. «Ich gehe davon aus, dass ihm die Wähler diesen Fehler verziehen hätten.» So aber habe der CVP-

Mann einen hohen Standard gesetzt. «Für ein allfälliges zweites fehlbares Regierungsmitglied wird es durch Contis

Rücktritt sehr schwierig, nicht zurückzutreten.»

Weniger Lob erhält der Basler Regierungsrat auf zominuten.ch. «Eine fristlose Entlassung wäre das Mindeste», schreibt Fors vo der Lueg. Und Alexandre Chachra fügt an: «Und im Sommer gibts dann eine fette Abgangsentschädigung.» «Wenn das eine Buchhalterin gemacht hätte, wäre sie fristlos entlassen und in Untersuchungshaft gesteckt worden», schimpft Chipsy.

Ob Contis Verfehlungen rechtliche Folgen haben, ist noch offen. Die Staatsanwaltschaft wartet die Untersuchung der Finanzkontrolle ab, bevor sie aktiv wird.



CVP-Regierungsrat Carlo Conti tritt im Sommer zurück. KEYSTONE

SAMUEL HUFSCHMID

«Das Vertrauen der Öffentlichkeit ist erschüttert worden»

Herr Méan*, wie kann es zu einem «Fall Conti» kommen?

Regierungsräte sind von Amtes wegen Mitglied in Verwaltungs- und Stiftungsräten. Dafür werden sie entschädigt. Allerdings erhalten sie bereits für ihre Arbeit einen Lohn. Mit dem werden sie für sämtliche Leistungen, auch für Nebentätigkeiten, entschädigt. Einnahmen aus Nebenäm-

tern gehören deshalb dem Kanton.

Erst die Baselbieter Regierung, jetzt Carlo Conti: Hat das Einkasieren von Honoraren aus Nebenämtern System?

Es gibt sicher noch andere Fälle. In der Schweiz fehlt das Bewusstsein dafür, dass hier Transparenz geboten ist.

Was muss sich ändern?

Das Vertrauen der Öffentlichkeit ins Gemeinwesen ist erschüttert worden und muss wiederhergestellt werden. Die Kantone müssen ihre Regeln überprüfen und sicherstellen, dass es in Zukunft keine neuen Fälle gibt. CBE

***Jean-Pierre Méan ist Präsident von Transparency International Schweiz.**

